

PINNEBERG aktuell

Informationen der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Ausgabe 1 / Jahrgang 2012

www.cdu-kreistag-pinneberg.de



Ludwig-Meyn-Gymnasium

Übergabe der Gebäude an die Stadt Uetersen

Seite 3



Das Abgeordnetenwort

Kreishaushalt muss in ruhiges Fahrwasser zurückkehren

Seite 4

Klare Position beziehen lohnt sich!

NEUREGELUNG DER HILFELEISTUNG NACH SGB XII



KREIS PINNEBERG. Werfen wir einen Blick zurück: 2006 vereinbart der Kreis Pinneberg mit sieben Kooperationsräumen/Städten eine Verwaltungsgemeinschaft, damit diese die Hilfeleistungen nach SGB XII wie Sozialhilfe etc. für den Kreis gegen Erstattung von Fallpauschalen durchführen. Auf Bitten der Städte wird seit 2009 heftig um eine Anpassung der Erstattungen gerungen. Dabei stellt man fest, dass offensichtlich in Pinneberg und Elmshorn die Fallzahlen pro Mitarbeiter eklatant nach unten abweichen. Dennoch, trotz einer Erhöhung der Personalkostenpauschale um gut T€ 5, einer Absenkung der jährlichen Nettoarbeitszeit um über 7.000 Minuten, einer Absenkung der Fallzahlen pro VZ-Stelle, einer Rückwirkung der Verbesserungen ab 2011 etc. kündigen Pinneberg und Elmshorn den Vertrag - meines Erachtens eine wenig zielführende, auch taktisch unkluge Entscheidung. Alte Regel: Schlage voreilig keine Türen zu. Man

argumentiert mit einer größeren Sozialhilfedichte und höherem Anteil prekärer Hilfefälle. Dies war der untaugliche Versuch, die deutlich besseren Zahlen der anderen Kommunen weg zu argumentieren. Das Beispiel der „Hilfe zur Pflege“ wird dies verdeutlichen: Der Kreis ging von einer Fallzahl von 280 pro VZ-Stelle aus, Pinneberg „bot“ extrem niedrige 140, d.h. gerade mal 50%. Da muss man nicht Betriebsorganisator sein, da liegt irgendwas im Argen. Hier aber sei z.B. die Stadt Wedel genannt, die bei allen Vorgaben des Kreises mindestens gleichhohe Werte genannt hat. Zudem wurde offensichtlich, dass Elmshorn und Pinneberg 47% bzw. 25% der Mitarbeiter entgegen dem Vertrag eine Tarifstufe zu hoch eingestuft haben. Das ist zwar für die Mitarbeiter angenehm, aber wohl kaum vom „Vertragspartner“ zu erstaten. Eine Forderung nach Erstattung auch solcher Kosten erscheint der CDU selbst in einer kommunalen

len Familie mehr als grenzwertig. Aber sogar hier sieht das Angebot des Kreises eine deutliche Verbesserung vor.

Nach weiteren Verhandlungen Ende 2011 haben dann Wedel, Barmstedt mit den Ämtern Hörnerkirchen und Rantzaу, Tornesch/Uetersen und den Ämtern Haseldorf und Moorege dem verbesserten Angebot zugestimmt. Die Kuh war sozusagen mit drei Beinen vom Eis.

Dann aber kam es, wie es letztlich kommen musste: Trotz zusätzlicher Verhandlungen des Landrates noch Anfang 2012 mit den Bürgermeisterinnen von Pinneberg und Elmshorn gab es keine greifbare Annäherung. Da stehen wir nun vor verschiedenen Alternativen, die ich im Detail nicht darstellen möchte: Infrage kamen letztlich nur das „Moratorium mit Einsetzung eines externen Gutachters“ oder die „Mischform der Aufgabenwahrnehmung“, d.h. nur die Aufgaben der Städte, die gekün-

digt haben, werden zentral in der Kreisverwaltung bearbeitet. CDU, FDP und KWGP haben sich gemeinsam gegen das Moratorium entschieden. Unseren drei Fraktionen - aber sicherlich auch den anderen Kommunen, die das Angebot angenommen hatten, war die Bonusregelung (von gut T€ 163) gerade für die Städte Pinneberg und Elmshorn nicht zu vermitteln. Wir Fraktionen haben uns für die „Mischform“ entschieden, wollen aber den „Abwechslern“ bis zum 29.2.2012 die Chance geben, ihre Kündigungen zurückzunehmen, dem erweiterten Angebot zuzustimmen und sozusagen in allerletzter Minute auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Denn das Ausscheiden aus dem Vertrag hat für Pinneberg und/oder Elmshorn zur Konsequenz, dass die jeweilige Aufgabe an den Kreis zurückfällt und ab 1.1.2013 mit eigenen Mitarbeitern zentral im Kreishaus durchgeführt wird. Wohlgermerkt, das entsprechen-

de bisherige Personal verbleibt natürlich zu deren Lasten bei den Städten. Wie das alles in Zeiten überschuldeter Kassen und Diskussionen über das Kommunal-Haushalt-Konsolidisierungsgesetz dem steuerzahlenden, staunenden Bürger der jeweiligen Kommune zu erklären ist, ist nicht Aufgabe von uns Abgeordneten. Nach diesen Ausführungen sind damit auch schon die beiden Anträge der anderen Fraktionen abgelehnt. Der Grünen-Antrag ist politisch ganz schwach, er ist nicht zielführend, er entscheidet nichts. Grün hat sich offensichtlich für keine der Alternativen entscheiden können, sie überlassen dies uns. Auch dies ist eine Form der Selbstdarstellung. Der SPD-Antrag hat sich dem gemeinsamen Antrag von CDU, FDP und KWGP weit angenähert. Mit der geforderten Aufgabenwahrnehmung durch den Kreis Pinneberg, aber eben weiterhin dezentral in der Stadt Pinneberg, kneift die SPD zu-

dem vor der Entscheidung über den Verbleib des bisherigen Personal. Dies wäre auch ineffizient, gerade aber höhere Effizienz muss unser gemeinsames Anliegen sein.

Der Beschlussvorschlag der CDU wurde mit deutlicher Mehrheit im Kreistag angenommen.

(Aus der Kreistagsrede des Sozialpolitischen Sprechers der CDU Kreistagsfraktion, Lutz Degener)

Nachtrag:

In der vom Kreistag gesetzten Frist haben Pinneberg und Elmshorn ihre Kündigungen widerrufen und den Konditionen des Kreises zugestimmt.

Was sagt uns das: Klare Positionen zu beziehen lohnt sich!

CDU - KLARE KANTE ZUKUNFT

Wer ist Hans-Detlef Engel



SCHENEFELD. Zur Politik, genauer gesagt, zur Kommunalpolitik bin ich über eine Bürgerinitiative gekommen, die sich in Schenefeld Anfang der 90er Jahre gegründet hatte, um die Bebauung und damit Auflösung eines Doppelsportplatzes an der Blankeneser Chaussee zu verhindern. Diese kleine Gruppe, firmierte zu-

nächst unter UWS (Unabhängige Wähler Schenefeld), wurde später STATT-Partei und gewann auf Anhieb sowohl den angestrebten Bürgerentscheid zum Erhalt der Sportplätze. Sie erreichte fünf Sitze in der Ratsversammlung. Es zeigte sich schon nach kurzer Zeit, dass die „Neue Antipartei“ auf Dauer nicht würde arbeiten können, weil weder das Personal ausreichte, noch man sich auf die wirkliche Durchsetzung vieler Ziele einigen konnte. Zusätzlich fehlte der „Überbau“ von Organisation in Land und Bund.

So bewog mich mein inzwischen gewonnener Einblick in die Arbeit der verschiedenen Fraktionen und die offene freundliche Art der CDU-Fraktion, 1997 sowohl der Partei CDU als auch der Fraktion beizutreten. Seit dieser Zeit habe ich den Wahlkreis 2 in Schenefeld dreimal als Direktkandidat gewon-

nen und konnte auch als Kreistagskandidat den SPD-Mitbewerber mit Abstand hinter mir lassen.

In den vergangenen Jahren war ich in verschiedenen Ausschüssen in Schenefeld tätig (in der letzten Wahlperiode als Vorsitzender des Finanzausschusses Schenefeld). Heute ist mein Platz im Hauptausschuss der Stadt und im Finanzausschuss des Kreises, natürlich auch in der Ratsversammlung Schenefeld und im Kreistag. Die Arbeit für die CDU, die sich meines Erachtens positiv entwickelt hat, macht mir trotz hoher zeitlicher Belastung viel Spaß. Mein Hauptanliegen ist es, vor allem im Kreis von den hohen Schulden herunter zu kommen und immer einen vernünftigen Ausgleich zwischen den Partnern Kreis und Kommunen zu schaffen.

Ludwig-Meyn-Gymnasium: Übergabe an Uetersen



UETERSEN. Die nach wie vor stark diskutierte Überführung des Gebäudes des Ludwig-Meyn-Gymnasiums (LMG) in das Eigentum der Stadt Uetersen beschäftigte auch die letzte Kreistagssitzung am 22. Februar 2012.

Die Schultägerschaft ist bereits am 01.08.2009 auf die Stadt Uetersen übergegangen. Entschieden werden muss nur noch die Eigentumsübertragung des Gymnasiums an die Stadt Uetersen.

Nachdem die CDU-Fraktion das Ergebnis der Mediation Ende 2011, als nicht ausreichend erachtete, wurde gemeinsam mit der FDP ein Antrag in den Kreistag eingebracht, der lautete, dass die Liegenschaften entschädigungslos an den neuen Träger übergehen. Der Gebäudewert wird vom Kreis mit rund 10 Millionen EUR taxiert. Dafür sollte die Stadt Uetersen sich an der Bedienung der beim Kreis verbleibenden KIF-Kredite beteiligen. Die Höhe des Betrages liegt bei 90.000 EUR pro Jahr und ist für 25 Jahre vorgesehen.

Nachdem sich insbesondere die Eltern- und Lehrerschaft des Gymnasiums im Vorfeld der Kreistagsitzung zu Wort gemeldet hatten,

entschloss sich die CDU- und FDP-Fraktion, den Antrag vorerst ruhen zu lassen, um das Gespräch mit den Eltern, Schülern und Lehrern des LMG zu suchen. Außerdem wurde durch die CDU- und FDP-Fraktion beantragt, den Landrat zu bevollmächtigen, dass dieser der Stadt Uetersen vorab eine Genehmigung erteilt, Landesfördermittel in Höhe von 500.000 EUR zu investieren, da die Frist hierfür bereits Ende 2012 abläuft. Weiterhin soll kurzfristig eine interfraktionelle Arbeitsgruppe einberufen werden, um möglicherweise einen fraktionsübergreifenden Konsens herzustellen. Obwohl die SPD als auch die Grünen ihre Zustimmung hierzu verweigerten, reichte die Mehrheit von CDU und FDP zusammen mit den kleineren Fraktionen aus, dieses Ziel zu erreichen.

Weiter fand am vergangenen Mittwoch, den 29.03., auf Initiative der CDU- und FDP-Fraktion ein internes Gespräch mit Vertretern des Schulleiternbeirats und der Schulleitung des LMG statt. Hier wurde deutlich, dass sich die Stadt Uetersen seit Übergang der Trägerschaft in 2009 beharrlich weigert, dringend notwendige Investitionen durchzu-

führen, mit der Begründung, die Eigentumsübergabe hätte noch nicht stattgefunden. Unverständlich, da das eine mit dem anderen nichts zu tun hat. So wurden in den letzten 2,5 Jahren nur 58.000 EUR investiert, obwohl Uetersen durch die Gastschulbeiträge jährlich mindestens 700.000 EUR einnimmt, und dieses Geld nach dem neuen Schulgesetz (Investitionsanteil 250,00 EUR pro Schüler) in die Erhaltung bzw. Erneuerung der Schulgebäude fließen soll. Wo sind diese Einnahmen geblieben? Vor diesem Hintergrund ist ein Betrag - wie von CDU und FDP gefordert - von 90.000 EUR jährlich zu vertreten. Gleichwohl wollen sich beide Fraktionen einem möglichen Kompromiss nicht von vornherein verschließen und gehen offen in die Gespräche des interfraktionellen Arbeitskreises.

Kerstin Seyfert
Schulpolitische Sprecherin
der CDU-Kreistagsfraktion

Das Abgeordnetenwort



Liebe Leserinnen und Leser,

nachdem der Umzug der Kreisverwaltung erfolgreich durchgeführt wurde, muss es erstes Ziel von Verwaltung und Politik sein, das Haushaltsdefizit zu reduzieren, um Handlungssicherheit für die Gestaltung der Zukunft des Kreises Pinneberg zu erlangen.

Nach Einführung der doppelten Haushaltsführung im Jahr 2007 ist es erst im Herbst 2011 gelungen, eine Abschlussbilanz für 2007 zu beschließen. Die Jahre 2008 bis heute fehlen noch im Jahresabschluss, so dass sämtliche folgenden Haushalte nicht endgültig fertiggestellt werden konnten. Das Innenministerium zögerte entsprechend mit den Haushaltsgenehmigungen, weil diese Grundlage fehlte und sämtliche Haushalte mit Defiziten geplant waren.

Inzwischen wissen wir, dass die Jahresergebnisse 2008 bis 2010 im positiven Bereich liegen und auch beim Ergebnis 2011 nicht das erwartete Defizit von 25 Millionen Euro eingetreten ist. Das als umstritten angesehene Boardsystem zum Controlling der Finanzen hat sich als zuverlässig erwiesen.

Der Abschluss 2008 liegt beim Rechnungsprüfungsamt und wird demnächst Finanzausschuss und Kreistag zur abschließenden Feststellung vorgelegt. Die Abschlüsse 2009 und 2010 müssen dann zügig folgen, damit die tatsächliche Haushaltssituation des Kreises den Abgeordneten und den Aufsichtsbehörden dargelegt werden kann. Dies ist sowohl für die Durchführung zukünftiger Investitionen als auch für die Entscheidung über ein Konsolidierungskonzept und die Teilnahme am sogenannten „Rettungsschirm“ des Landes erforderlich. Die Maßnahmen zur Stärkung der Buchhaltung der Kreisverwaltung haben sich aus dieser Sicht als unbedingt notwendig erwiesen.

Die Haushaltssituation 2012 wird ebenso überwacht werden, um ein Abrutschen in negative Zahlen zu verhindern und rechtzeitig notwendige Gegenmaßnahmen zu erkennen. Das für 2012 geplante Defizit muss schon im Nachtrag möglichst deutlich reduziert werden.

So können im geplanten Rahmen auch die notwendigen Investitionen durchgeführt werden.

Ortwin Schmidt
Abgeordneter des Kreistages Pinneberg,
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

TERMINE

Ausschuss für Schule, Kultur und Sport

08. März 2012 18:30
Berufliche Schule Elmshorn

Jugendhilfeausschusses

15. März 2012 18:30
Konferenzraum Arboretum
Kreisverwaltung, Elmshorn

Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr

20. März 2012 18:30
Konferenzraum Arboretum
Kreisverwaltung, Elmshorn

Öffentliche/Nichtöffentliche Sitzung des Kreistages

21. März 2012 18:00
Ratssitzungssaal,
Rathaus Pinneberg

Impressum

Herausgeber:

Der Vorstand der CDU-Fraktion im
Pinneberger Kreistag

Redaktionsadresse:

CDU-Kreisgeschäftsstelle
Lindenstraße 19 • 25421 Pinneberg

Tel.: 04101 / 22927

Fax: 04101 / 591761

newsletter@cdu-kreistag-pinneberg.de

Redaktion und Produktion:

Anja Gergeleit, Britta Erning

Fotos:

Gergeleit, Erning, CDU, Pixelio, Fotolia